

Thema der Woche

Digitale Kompetenzen: ein entscheidender Faktor für Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit von KMU

In Kürze

Kommission gibt beihilfenrechtliche Orientierung zu lokalen Fördermaßnahmen
Rat genehmigt Steuertransparenzabkommen mit Andorra
Bosnien und Herzegowina: Rat beschließt Bewertung des Beitrittsantrages
Julian King wird neuer Kommissar für Sicherheitsunion

Neues aus der Kommission

Kommission diskutiert Fair Use Roaming-Regelung
Staatliche Beihilfen: Kommission geht gegen polnische Einzelhandelssteuer
Europa begeht Mobilitätswoche 2016

Neues aus dem Gerichtshof der EU

Zyprisches Bail-in mit Grundrechtecharta vereinbar
Durchführung von Tierversuchen für die Vermarktung in Drittstaaten:
Kosmetische Mittel können dennoch am Unionsmarkt verboten werden

Inside Brussels

EU-Wirtschaftsclub mit Kommissionsvertreter Wojahn: TTIP erklären

Statistik der Woche

Woher kommt Europas Energie?

Jobs+Jobs+Jobs

ESMA sucht Legal Team Leader und Administrative Assistant

Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen sucht Data Analytics Officer

Veranstaltungen

Sektorseminar „Der Wassersektor im Rahmen der außenpolitischen Instrumente der EU“ am 15. November 2016

Podiumsdiskussion „Internationaler Handel als Wachstumstreiber für Europa“ am 28. September in Brüssel

EU-Agenda

EU-Kommission: 2183. Sitzung am 28. September 2016

EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche

EU-Rat: Ausgewählte Tagungen der kommenden Woche

EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich
Av. de Cortenberg 30
B-1040 Brüssel
Telefon: +32 2 286 58 80
Internet: wko.at/eu

Redaktion:
Franziska Annerl
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:
eu@eu.austria.be

Digitale Kompetenzen: ein entscheidender Faktor für Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit von KMU

„Wir leben in einer Zeit, in der **digitale Fähigkeiten für die Wirtschaft in allen Bereichen von entscheidender Bedeutung sind**, um Innovation und Arbeitsplätze zu schaffen. Dies gilt insbesondere für KMU“. **UEAPME-Präsidentin und WKÖ-Vizepräsidentin Ulrike Rabmer-Koller diskutierte Dienstag mit EU-Kommissar Oettinger und weiteren Stakeholdern bei einem Runden Tisch in Brüssel über den Bedarf an digitalen Kompetenzen in Europa.** Ein digitaler Zugang erweitert den unternehmerischen Spielraum und steigert die Wettbewerbsfähigkeit. **Die Vermittlung digitaler Kompetenzen spielt daher eine zentrale Rolle für die Zukunft Europas**, da andere Regionen auf diesem Feld oftmals weiter fortgeschritten sind und die Gefahr besteht, dass Europa abgehängt wird.

Der erste Schritt sind **Bildungssysteme**, in denen grundlegende digitale Fähigkeiten bereits von klein auf in der Schule vermittelt werden sowie die schnellstmögliche entsprechende Ausbildung von Lehrern. „Die **Höherqualifizierung der Arbeitskräfte** ist ein weiterer Schritt, was durch Wissenstransfer zwischen KMU der IKT-Branche (Informations- und Kommunikationstechnologie) und traditionelleren KMU erfolgen kann“, so Rabmer-Koller.

Eine **Herausforderung bei der Digitalisierung** von Europa ist, dass **Europas KMU sehr unterschiedlich** sind. Sie können in drei Gruppen unterteilt werden, die spezifische Ansätze erfordern: Die beiden Extreme sind Start-ups, die bei der Entwicklung neuer IKT-basierter Geschäftsmodelle oft am weitesten fortgeschritten sind und über entsprechend hochqualifizierte Experten verfügen – und die Kleinstunternehmen, die eine Unterstützung in grundlegenden Fragen brauchen. Die überwiegende Mehrheit der europäischen KMU liegt jedoch zwischen diesen beiden Extremen: Sie benötigen objektive Informationen, Beratung und Begleitung bei der Auswahl der richtigen Ausbildung.

Österreichische KMU setzen digitale Technologien überdurchschnittlich häufig ein und heben sich damit klar vom EU-Durchschnitt ab. Zum standardmäßigen Repertoire zählen ein Internetzugang und eine Website. Um die Potenziale digitaler Techniken bestmöglich auszuschöpfen, müssen ihre Vorteile jedoch stärker kommuniziert und die Rahmenbedingungen laufend verbessert werden. Funktionsweise und Einsatzmöglichkeiten müssen in die schulische und betriebliche Aus- und Weiterbildung einen tieferen Eingang finden.

Die **Wirtschaftskammer Österreich hat zahlreiche Initiativen zur Digitalisierung gestartet**, darunter spezielle Workshops für KMU wie „IT for SME“, der die Nutzung von Google und Social Media im Marketing erklärt. Die österreichische Initiative **DIGI PLAY DAYS** will die Bedeutung von digitalen Lernspielen für die Bildung hervorheben. Die Kinder von heute werden während ihres Berufslebens zahlreiche Innovationszyklen mitmachen. Der digitale Wandel wird nur einer davon sein.

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**

Inhaltsverzeichnis

Kommission gibt beihilfenrechtliche Orientierung zu lokalen Fördermaßnahmen

Mit fünf beihilfenrechtlichen **Beschlüssen** zu Fällen aus Spanien, Portugal und Deutschland stellte die Kommission diese Woche klar, **welche öffentlichen Fördermaßnahmen die Mitgliedstaaten ohne beihilferechtliche Prüfung durch die Kommission durchführen können**, weil sie keine Auswirkungen auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten haben. Die Beschlüsse sind Teil der Bemühungen der Kommission, die **Beihilfenkontrolle auf größere Fälle zu konzentrieren**, die den Wettbewerb auf dem Binnenmarkt tatsächlich beeinträchtigen. Sie ergänzen mehrere Initiativen der Kommission aus den vergangenen zwei Jahren: die im Mai 2016 veröffentlichte **Bekanntmachung** zum Begriff der staatlichen Beihilfe sowie die im Mai 2014 erlassene **Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung**.

Rat genehmigt Steuertransparenzabkommen mit Andorra

Am 20. September 2016 wurde bei der jüngsten Tagung des Rats für Allgemeine Angelegenheiten das **Steuertransparenzabkommen mit Andorra** bestätigt. Die Unterzeichnung des Abkommens fand bereits am 12. Februar 2016 statt. Künftig werden auf Grundlage des Abkommens **automatisch Kontoinformationen** zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Andorra **ausgetauscht**, was für mehr Steuerdisziplin sorgen soll. Bisher galt zwischen der EU und Andorra ein Abkommen aus dem Jahr 2004. Dieses verpflichtete Andorra dazu, gleichwertige Vorschriften wie jene in der Zinsbesteuerungsrichtlinie einzuführen.

Bosnien und Herzegowina: Rat beschließt Bewertung des Beitrittsantrages

Als formale **Antwort auf den EU-Beitrittsantrag von Bosnien und Herzegowina** vom 15. Februar 2016, hat der **Rat für Allgemeine Angelegenheiten** am Dienstag die **Kommission aufgefordert, eine Bewertung der Eignung des Balkanlandes zur Aufnahme in die EU vorzubereiten**. Desweiteren begrüßten die EU-Mitgliedsländer die von den Behörden Bosniens und Herzegowinas gemachten Fortschritte bei der Umsetzung ihrer Reformagenda und forderten sie auf, ihre Bemühungen fortzusetzen. Dies betrifft insbesondere sozioökonomische Reformen, Reformen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit sowie der öffentlichen Verwaltung. Nach Ansicht der WKÖ muss sichergestellt werden, dass die EU die treibende Kraft der Stabilisierung in den Ländern des Westbalkans bleibt und die aktive Integration dieser Region in die EU fortgesetzt wird.

Julian King wird neuer Kommissar für Sicherheitsunion

Am 19. September 2016 hat der **Rat** der EU im Einvernehmen mit Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker den Briten Julian King zum neuen Kommissar für die Sicherheitsunion ernannt. Die Ernennung gilt für den Rest der laufenden Amtszeit der Kommission, die am 31. Oktober 2019 endet. Julian King war seit Januar 2016 UK-Botschafter in Frankreich. Er ersetzt Jonathan Hill, der am 25. Juni 2016 zurückgetreten war.

Inhaltsverzeichnis



Neues aus der Kommission

Kommission diskutiert Fair Use Roaming-Regelung

Die Europäische Kommission hat einen überarbeiteten Entwurf der Regelungen zur **Vermeidung von Missbrauch zum Ende der Roaming-Gebühren** diskutiert. Der Regelungsentwurf soll laut **Angaben** der Kommission allen Reisenden, die eine SIM-Karte aus einem EU-Mitgliedstaat nutzen, ermöglichen, ihre Mobilgeräte in jedem anderen EU-Land zu verwenden, wie sie es zu Hause tun würden. Es wurde vereinbart, dass es **keine Grenzen für Zeitdauer oder Volumen** bei der Nutzung mobiler Geräte im EU-Ausland geben soll. Zugleich will der neue Ansatz die Betreiber gegen potenziellen Missbrauch schützen.

Um nach Wegfall der Roaming-Gebühren auf Reisen per 15. Juni 2017 steigende Preise für alle Mobilfunknutzer und Wettbewerbsverzerrungen im Mobilfunkmarkt zu verhindern, hatte die Kommission Klauseln ausgearbeitet, um eine faire Nutzung der neuen Regeln sicherzustellen. In ihrem ursprünglichen **Entwurf** vom 5. September 2016 hatte die Kommission u.a. vorgeschlagen, dass der Zeitraum, in dem überhaupt keine Roaming-Gebühren erhoben werden dürfen, 90 Tage pro Jahr beträgt. Dieser Vorschlag wurde nach medialer Kritik auf Anweisung von Präsident Juncker zurückgezogen. **Die endgültige Regelung soll nun am 15. Dezember 2016 angenommen werden.**

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

Staatliche Beihilfen: Kommission geht gegen polnische Einzelhandelssteuer

Die Europäische Kommission hat eine Untersuchung einer umsatzbasierten polnischen Einzelhandelssteuer, die **Unternehmen mit niedrigen Umsätzen aufgrund der darin verankerten Progression einen selektiven Vorteil verschaffen könnte**, eingeleitet. Aufgrund der Struktur der Steuersätze würden umsatzschwache Unternehmen keine oder eine wesentlich geringere Einzelhandelssteuer abführen müssen als Unternehmen mit hohen Umsätzen. Damit würde die im Juli 2016 eingeführte und für alle Einzelhandelsunternehmen geltende Steuer gegen europäisches Beihilferecht verstoßen. **Bis zum Ende des Verfahrens ist die Steuer auszusetzen.**

Im Juli 2016 hatte die Kommission festgestellt, dass eine in Ungarn erhobene umsatzbasierte Einzelhandelssteuerregelung mit EU-Beihilfenrecht nicht vereinbar sei, weil umsatzschwache Unternehmen aufgrund des progressiven Steuersatzes begünstigt würden.

Ansprechpartnerin: **Barbara Dallinger**

Inhaltsverzeichnis

Europa begeht Mobilitätswoche 2016

Diese Woche wurde die fünfzehnte **Europäische Mobilitätswoche** abgehalten. In über 2.000 Städten fanden Aktionen statt, um heuer das **Bewusstsein für intelligente und sanfte Mobilität** zu fördern. Diese Aktionen sind Teil der **Strategie** für emissionsarme Mobilität der Europäischen Kommission, deren Umsetzung eine Priorität der Kommission im Jahr 2017 sein wird.

In Österreich fanden unter der Beteiligung von 500 Städten und Gemeinden zahlreiche Events statt. Auch die **WKÖ** beteiligte sich über den Fachverband der Fahrschulen mit **Sprintspartipps**. Aus Sicht der Wirtschaftskammer Österreich unterstreicht die Europäische Mobilitätswoche, dass Verkehrsunternehmen eine wichtige wirtschaftspolitische Funktion ausüben, ohne die unser heutiges arbeitsteiliges Wirtschaftswesen nicht funktionieren würde. Die Verkehrswirtschaft leistet durch diverse Steuern und Abgaben nicht nur einen enormen Beitrag zu den Staatshaushalten, sondern schafft auch eine Vielzahl an Arbeitsplätzen, die besonders zukunftssicher sind.

Ansprechpartner: Franz Brudl

Inhaltsverzeichnis



Zyprisches Bail-in mit Grundrechtecharta vereinbar

Am 20. September erließ der EuGH zwei Urteile betreffend die in Zypern anlässlich der dortigen Bankenkrise getroffenen Maßnahmen. In den verbundenen Rechtssachen C-105/15P bis C-109/15P hatten die Kläger die **Nichtigklärung einer Erklärung der Eurogruppe** vom 25. März 2013 **begehrt**. Darin gab die die Euro-Gruppe bekannt, dass sie mit den zyprischen Behörden eine Vereinbarung über die wesentlichen Bestandteile eines zukünftigen makroökonomischen Anpassungsprogramms getroffen habe. Außerdem begrüßte die Eurogruppe die im Anhang zu dieser Erklärung genannten Pläne für die Restrukturierung des Finanzsektors. Konkret wurde darin insbesondere die Umwandlung von Einlagen in Eigenkapital zum Zweck der Rekapitalisierung zweier zyprischer Banken festgehalten, wobei Einlagen bis zu 100.000 Euro nicht betroffen waren (sog. Bail-in). Das EU-Gericht, erste Instanz (EuG) hatte das Begehren der Parteien abgewiesen, was nunmehr durch den EuGH bestätigt wurde. Begründet wurde dies damit, dass die **Stellungnahme der Eurogruppe nicht verbindlich** sei und die Eurogruppe auch keine Ratsformation, Einrichtung oder sonstige Stelle iSd Art 263 AEUV (Zuständigkeit des EuGH) darstelle.

In den verbundenen Rechtssachen C-8/15 P bis C-10/15 P beehrten die klagenden Parteien **Schadenersatz für das vermeintlich rechtswidrige Verhalten beim Abschluss eines Memorandum of Understanding (MoU)** vom 26. April 2013 durch die Kommission und die EZB. In dem MoU wurden die Auflagen für die Gewährung von Geldern aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) an Zypern festgelegt. Eine dieser Maßnahmen war auch das bereits angesprochene Bail-in. Im Gegensatz zum EuG stellte der EuGH fest, dass die Tatsache, dass die Kommission und die EZB beim Abschluss eines MoU nur für den ESM handeln, nicht ausschließt, von diesen Schadenersatz zu verlangen. So sei die Kommission als Hüterin der Verträge dafür verantwortlich, vom Abschluss eines unionsrechtswidrigen MoU Abstand zu nehmen.

Der Gerichtshof entschied aber auch, dass der **Abschluss des MoU nicht in rechtswidriger Weise erfolgte**. Zwar liege grundsätzlich ein Eingriff in das Eigentumsrecht gemäß Art 17 (1) der Grundrechtecharta vor, doch sei dieser gerechtfertigt, da hierdurch ein dem Gemeinwohl dienendes Ziel (Stabilität des Bankensystems) verwirklicht werde und der Eingriff nicht unverhältnismäßig sei. Die Klage sei somit **abzuweisen**.

Ansprechpartner: Herwig Wutscher

Durchführung von Tierversuchen für die Vermarktung in Drittstaaten: Kosmetische Mittel können dennoch am Unionsmarkt verboten werden

Der Europäische Gerichtshof urteilte in der Rechtssache C-592/14, dass kosmetische Mittel, deren Bestandteile in Tierversuchen getestet wurden, verboten werden können, selbst wenn diese Tests außerhalb der Europäischen Union im Hinblick auf eine Vermarktung in Drittstaaten durchgeführt wurden.

Laut Verordnung (EG) 1223/2009 (Kosmetikverordnung) müssen kosmetische Mittel für die menschliche Gesundheit sicher sein. Die Verordnung untersagt das Inverkehrbringen von kosmetischen Mitteln, deren Bestandteile durch Tierversuche bestimmt wurden (Artikel 18). Vor Inverkehrbringen kosmetischer Mittel müssen diese eine **Sicherheitsbewertung** durchlaufen und es muss ein **Sicherheitsbericht** erstellt werden. Diese Daten müssen in einer Produktinformationsdatei enthalten sein.

Der Verband „European Federation for Cosmetic Ingredients“ (EFFCI) vertritt Hersteller von kosmetischen Mitteln in der Europäischen Union. Drei seiner Mitglieder führten außerhalb der EU Tierversuche durch, um bestimmte kosmetische Mittel in China und Japan verkaufen zu können. Der EFFCI erhob nun bei einem britischen Gericht Klage, um abzuklären, ob sich seine Mitglieder strafbar machen würden, wenn sie diese Mittel auf den britischen Markt bringen würden. Der EFFCI brachte vor, dass kein Verstoß gegen die EU-Kosmetikverordnung vorliege, wenn Tierversuche durchgeführt worden seien, um Rechtsvorschriften von Drittländern einzuhalten.

Der angerufene Europäische Gerichtshof führte in seinem Urteil aus, dass die **EU-Kosmetikverordnung darauf abzielt, Bedingungen für den Zugang von kosmetischen Mitteln zum Unionsmarkt festzulegen und ein hohes Gesundheitsschutzniveau zu gewährleisten**. Zugleich solle das Tierversuchsverbot für das Wohlergehen der Tiere sorgen. Der Zugang zum Unionsmarkt ist an die Beachtung des Verbots geknüpft. Laut Gerichtshof können nur bei Tierversuchsergebnissen, welche auch im Sicherheitsbericht angeführt werden, davon ausgegangen werden, dass diese zur Einhaltung der Bestimmungen der Verordnung durchgeführt worden seien. Es sei unerheblich, dass es dieser Versuche bedurfte, um die Vermarktung kosmetischer Mittel in Drittländern zu ermöglichen. Unionsrechtlich aufgestellte Verbote sollen nicht dahingehend umgangen werden können, als dass Tierversuche in Drittstaaten ausgelagert werden können.

Der Gerichtshof gelangte zu dem Schluss, dass das Inverkehrbringen von kosmetischen Mitteln auf dem Markt der Europäischen Union verboten werden kann, wenn Bestandteile durch Tierversuche außerhalb der Union bestimmt worden sind, um kosmetische Mittel in Drittländern vermarkten zu können, sofern die dabei gewonnenen Daten verwendet werden, um die Sicherheit dieser Mittel im Hinblick auf ihr Inverkehrbringen auf dem Unionsmarkt nachzuweisen.

Ansprechpartnerin: **Barbara Dallinger**

Inhaltsverzeichnis

EU-Wirtschaftsclub mit Kommissionsvertreter Wojahn: TTIP erklären

„Wachstum und Arbeitsplätze fehlen in allen Mitgliedstaaten“, betonte Jörg Wojahn, Vertreter der Europäischen Kommission in Wien, am 21. September beim EU-Wirtschaftsclub des EU-Büros der WKO in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker habe in seiner **Rede zur Lage der Union** vergangene Woche die wichtigsten Prioritäten skizziert: **Investitionsplan, Plan für Afrika und Brexit-Debatte**. Ab 1. Oktober wird Michel Barnier als Chefverhandler die Brexit-Verhandlungen koordinieren. „Wir haben genug andere Herausforderungen in der EU. Wir können uns nicht wie das Kaninchen auf die Schlange nur auf den Brexit fixieren“, so Wojahn in Richtung Großbritannien. Einen „Binnenmarkt a la carte“ werde es nicht geben. Aber es sei auch nicht klug, zu bestrafen.

Der **EU-Wirtschaftsclub** Brüssel versteht sich als Wirtschaftsplattform von Österreichern für Österreicher in Brüssel. Die Treffen finden einmal monatlich jeweils donnerstags statt. Der Teilnehmerkreis setzt sich aus Mitarbeitern der Ständigen Vertretung Österreichs, der wirtschaftlichen Interessenvertretungen sowie aus österreichischen Beamten und Experten der EU-Institutionen zusammen.



In Österreich ist die Brexit-Debatte von der Kritik an den geplanten **Freihandelsabkommen TTIP und CETA** überschattet. „Viele in Österreich denken, wir sind eine erfolgreiche **Exportnation**, wir müssen einfach nur alles so lassen, wie es ist“, meint der Kommissionsvertreter. In 20 Jahren werde man aber „abgehängt“ sein. Es gebe kein „nationales opt-out“ von der vieldiskutierten Schiedsgerichtsbarkeit. Wojahn fordert mehr Kommunikation und Erklärung in der Diskussion.

Ansprechpartnerin: [Franziska Annerl](#)

Inhaltsverzeichnis



Jobs + Jobs + Jobs

ESMA sucht Legal Team Leader und Administrative Assistant

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) mit Sitz in Paris/Frankreich sucht:

Legal Team Leader

Reference: ESMA/2016/VAC21/AD9, [Link](#)

Administrative Assistant

Reference: ESMA/2016/VAC17/FGIII, [Link](#)

Bewerbungen sind bis zum 30. September 2016 möglich, weitere Informationen sind online abrufbar.

Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen sucht Data Analytics Officer

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen sucht:

Data Analytics Officer (FG IV)

Reference: EASO/2016/CA/006

Bewerbungen sind bis zum 17. Oktober 2016 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

Inhaltsverzeichnis



Statistik der Woche

Woher kommt Europas Energie?

Um die komplexen Prozesse rund um Energieerzeugung und -verbrauch verständlicher zu machen hat Eurostat eine **digitale Aufbereitung** entsprechender Daten unter dem Titel „Shedding light on energy in the EU – A guided tour of energy statistics“ veröffentlicht.

Die Datensammlung geht auf **vier Bereiche** näher ein. Im ersten Bereich werden das Vorhaben der **Energieunion** und die ihr zugrunde liegenden fünf Säulen erläutert. Im zweiten Teil wird gezeigt, woher die in der EU **konsumierte Energie** kommt. Mittels Flussdiagrammen wird veranschaulicht, welche Energiemengen in der EU erzeugt werden und inwieweit wir auf Importe angewiesen sind. Die Frage, **welche Art von Energie** wir konsumieren und wieviel sie kostet, wird im dritten Sektor behandelt. Im vierten und letzten Teil wird dargestellt, welcher **Zusammenhang zwischen Energie und Umwelt** besteht. Neben Informationen über die Treibhausgasintensität einzelner Energieträger erfährt man, wie hoch der Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch ist und wie effizient der Energieverbrauch in der EU ist.

Ansprechpartner: [Franz Brudl](#)

Sektorseminar „Der Wassersektor im Rahmen der außenpolitischen Instrumente der EU“ am 15. November 2016

Am **15. November 2016** findet in **Brüssel** das nächste **Sektorseminar** unter dem Titel „**Der Wassersektor im Rahmen der außenpolitischen Instrumente der EU**“ statt, welches vom EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich, der Wirtschaftskammer Kroatiens, der Germany Trade & Invest GmbH und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag gemeinsam mit anderen Ständigen Vertretungen und Außenhandelsorganisationen organisiert wird.

Im Rahmen der **EU-Außenhilfeprogramme** sind für den Zeitraum 2014-2020 rund **1,7 Milliarden Euro** für die **Entwicklung und Förderung des Wassersektors in Drittländern** vorgesehen, was **Geschäftschancen** für in diesem Sektor tätige österreichische Unternehmen eröffnet. Am Vormittag des Sektorseminars informieren Vertreter der **Europäischen Kommission und anderer Institutionen, wie beispielsweise der EIB bzw. der EBRD** über Möglichkeiten im Rahmen der verschiedenen EU-Außenhilfeprogramme. Am Nachmittag findet eine Firmenbörse statt, bei der die Teilnehmer Kontakte mit potenziellen **Kooperationspartnern** für künftige Ausschreibungen knüpfen können. Darüber hinaus wird es auch Gelegenheit geben, sich direkt mit den Vertretern der Europäischen Union und der Europäischen Investitionsbank auszutauschen.

Zielgruppe sind **Konsulenten, Unternehmen und Investoren**, die in folgenden Sektoren tätig sind:

- Wasserversorgung - Trinkwasser
- Kommunale Abwasseraufbereitung
- Industrielle Abwasseraufbereitung
- Klärschlammaufbereitung
- Meeresverschmutzung
- Bewässerung
- Informationssysteme zur Gewässerbewirtschaftung
- Städtische Wasserversorgung
- Ländliche Wasserversorgung
- Flussbettaußbau
- Abwasser / Kanalisation
- Klimawandel
- Sanitäre Einrichtungen
- Städtische und ländliche Wasserdienstleistungen

Die **Teilnahmegebühr** pro Person beträgt **EUR 175,00 (exkl. Mwst, inkl. Erfrischungsgetränken, Mittagsbuffet sowie Seminarunterlagen)**, die **Vortragssprache** ist **Englisch**. **Anmeldeschluss** ist der **21. Oktober 2016**. Die **Anmeldung** ist ab nächster Woche über die **Website des Sektorseminars** möglich, auf der Sie auch nähere Informationen zum Veranstaltungsort sowie das vorläufige **Programm** finden.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Ansprechpartner: **Martin Schmid**

Inhaltsverzeichnis

Podiumsdiskussion „Internationaler Handel als Wachstumstreiber für Europa“ am 28. September in Brüssel

Die europäische Handelspolitik ist zurzeit mit einer Vielfalt an Herausforderungen konfrontiert. Trotz des Engagements zu einer Öffnung der Märkte werden jedes Jahr neue handelsrestriktive Maßnahmen gesetzt. So scheint es wichtiger denn je, dass die EU ihre bi- und multilaterale Handelsagenda weiterführt. Allerdings

steigt hierzu der Zweifel der Öffentlichkeit in einigen Mitgliedstaaten, insbesondere zu den Abkommen TTIP und CETA, was somit auch die Handelspolitik allgemein in Frage stellt.

Diesbezüglich laden die **Wirtschaftskammer Österreich** und die **Industriellenvereinigung** zu einer hochrangigen Diskussion am 28. September 2016 ab 18:00 Uhr in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU (Avenue de Cortenbergh 30, 1040 Brüssel) ein.

Panelteilnehmer sind Cecilia Malmström (EU-Kommissarin für Handel), Marietje Schaake (Mitglied des Europäischen Parlaments), Ralf Kronberger (Abteilungsleiter für Finanz- und Handelspolitik der WKÖ), Nick W. Kraguljac (Marketing- und Verkaufsdirektor der Zell-Metall Engineering Plastics GmbH), und Susanne Lindberg-Elmgren (Landesorganisation i Sverige).

Anmeldungen können noch bis **20. September** per **E-Mail** erfolgen.

Inhaltsverzeichnis



Sitzung der Europäischen Kommission

Voraussichtliche Themen der 2183. Sitzung am 28. September 2016:

Koordination der Kommissionspolitik/Bessere Rechtsetzung

Mitteilung:

Vorschlag für eine interinstitutionelle Vereinbarung über ein obligatorisches Transparenzregister

Koordination der Kommissionspolitik/Grundrechte/Migration und Inneres

Mitteilung:

Dritter Bericht über die Fortschritte bei der Umsetzung der EU-Türkei Erklärung

Bericht der Kommission über die Umsetzung des Durchführungsbeschlusses vom 12. Mai 2016 zur Aussetzung der vorübergehenden Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen in Ausnahmefällen

Empfehlung der Kommission an die Republik Griechenland zu den Sofortmaßnahmen in Griechenland im Rahmen der geplanten Transfers

Mitteilung: Sechster Bericht zu Verlagerungen und Umsiedlungen.

Europäischer Grenzschutzkorps und Küstenwache: Stand der Dinge

Vorschlag für eine Verordnung zur Einsetzung eines Unionssystems der Kontrolle der Exporte, der Verbringung, der Vermittlung, der technischen Unterstützung und des Transits im Hinblick auf Güter mit doppeltem Verwendungszweck (Neufassung)

Inhaltsverzeichnis

Ausschüsse des Europäischen Parlaments

26. September Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Anhörung mit Gabriel Bernardino, Vorsitzender der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung sowie Vorsitzender des Gemeinsamen Ausschusses der europäischen Aufsichtsbehörden und in dieser Funktion zweiter stellvertretender Vorsitzender des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken

Anhörung mit Andrea Enria, Vorsitzender der Europäischen Bankenaufsicht
Anhörung mit Steven Maijor, Vorsitzender der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde

26. + 29. September Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

Europäische Agenda für die kollaborative Wirtschaft

Maßnahmen gegen Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts

Genehmigung und Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge

Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen

26. September Ausschuss für internationalen Handel

Aktionsplan der EU zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels

Beitritt zum Handelsübereinkommen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten einerseits sowie Kolumbien und Peru andererseits betreffend den Beitritt Ecuadors

Besprechung mit der Kommission zu den Aussichten für die zukünftigen Handelsbeziehungen mit der Türkei

26. September Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

EU-Strategie für Flüssigerdgas und die Speicherung von Gas

Kontrolle der Durchführungsbefugnisse der Kommission: Erläuterung des Entwurfs des Durchführungsrechtsakts über die angemessene Nutzung von Roamingdiensten durch die Kommission

Aussprache zu ITER mit Miguel Arias Cañete, für Klimapolitik und Energie zuständiges Mitglied der Kommission, im Rahmen des strukturierten Dialogs

26. September Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen

Europäischer Grundstock an sozialen Rechten

Einführung einer Kompetenzgarantie

Europäischer Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen

Die Notwendigkeit einer EU-Strategie zur Beendigung und zur Vermeidung des geschlechtsbedingten Rentengefälles

26. September Rechtsausschuss

Optionen der EU, den Zugang zu Arzneimitteln zu verbessern

26. September Ausschuss für Kultur und Bildung

Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten

26.+29. September Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Vorstellung des Urteils des Gerichtshofs vom 7. September 2016 in der Rechtssache C-113/14, Bundesrepublik Deutschland/Europäisches Parlament, Rat der Europäischen Union - Aufhebung von Artikel 7 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse (einheitliche GMO) durch den Juristischen Dienst des Europäischen Parlaments und Aussprache (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

26. September Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr

Eine Luftfahrtstrategie für Europa

26. September Untersuchungsausschuss zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie

Der Ausschuss tagt.

Inhaltsverzeichnis

28.-29. September Haushaltsausschuss

Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2017 – alle Einzelpläne

29. September Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

Kosteneffiziente Emissionsreduktionen und Investitionen in CO₂-arme Technologien

Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 1999/31/EG über Abfalldeponien

Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle

Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2008/98/EG über Abfälle

Tagungen des Rates

29. September Wettbewerbsfähigkeit, Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt

„Check-up“ der Wettbewerbsfähigkeit: Zustand der Realwirtschaft und durchgängige Berücksichtigung der Wettbewerbsfähigkeit

Mitteilung der Kommission: Europäische Agenda für die kollaborative Wirtschaft

Lage der europäischen Stahlindustrie

Normungspaket

Entwicklung einer ehrgeizigen Industriepolitik in Europa

Europas Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft

Einheitliches Patent und Einheitliches Patentgericht

Ergebnisse der Konferenz „Das Gleichgewicht finden: Lösungen für die Debatte zu Patenten und Pflanzenzüchterrechten (Brüssel, 18. Mai 2016)

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte Fälle des Europäischen Gerichtshofes

Ausgewählte Fälle der kommenden Woche:

28. September Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-122/15
Landeskreditbank Baden-Württemberg / EZB

Direkte Bankenaufsicht durch die EZB

Als Reaktion auf die Finanzkrise wurde mit der Verordnung Nr. 1024/2013 des Rates ein einheitlicher Aufsichtsmechanismus zur Überwachung von Banken im Euro-Währungsgebiet und in den übrigen teilnehmenden EU-Ländern eingerichtet. Dieser besteht aus der Europäischen Zentralbank (EZB) und den nationalen Aufsichtsbehörden. Nach der Verordnung überwacht die EZB bedeutende Banken unmittelbar. Die Landeskreditbank Baden-Württemberg – die Förderbank des Landes Baden-Württemberg – beanstandet vor dem Gericht der Europäischen Union ihre Einstufung durch die EZB als bedeutende Bank. Sie macht u.a. geltend, dass die Einstufung eines Instituts als bedeutend allein anhand der Größe keine direkte Beaufsichtigung durch die EZB rechtfertige.

[Weitere Informationen](#)

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte laufende Konsultationen

Bank- und Finanzwesen

Kapitalmarktunion: Initiative im Hinblick auf einen möglichen EU-Rahmen für die private Altersvorsorge
27.07.2016 - 31.10.2016

Wichtigste Hindernisse für den grenzüberschreitenden Vertrieb von Investmentfonds in der EU
02.06.2016 - 02.10.2016

Beschäftigung und Soziales

Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte
08.03.2016 - 31.12.2016

Binnenmarkt

Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Maschinenrichtlinie 2006/42/EG
22.09.2016 - 16.12.2016

Öffentliche Konsultation zum Binnenmarkt-Informationstool
02.08.2016 - 07.11.2016

Zentraler digitaler Zugang
26.07.2016 - 21.11.2016

Öffentliche Konsultation im Rahmen der Start-up-Initiative
31.03.2016 - 31.07.2016

Öffentliche Konsultation zum Binnenmarkt für Waren - Durchsetzung und Einhaltung
01.07.2016 - 31.10.2016

Öffentliche Konsultation zur möglichen Überarbeitung der Verordnung zur gegenseitigen Anerkennung (EG) Nr. 764/2008
07.06.2016 - 30.09.2016

Energie

„Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Richtlinie 2009/119/EG zur Verpflichtung der Mitgliedstaaten, Mindestvorräte an Erdöl und/oder Erdölzeugnissen zu halten“

10.08.2016 - 11.11.2016

Erstellung der jährlichen Prioritätenlisten für die Ausarbeitung von Netzkodizes und Leitlinien für 2017 und darüber hinaus

18.07.2016 - 14.10.2016

Forschung und Technologie

Öffentliche Konsultation: Zwischenbewertung des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts

26.08.2016 - 14.11.2016

Öffentliche Konsultation zu den gemeinsamen Programmen EMFP und EMPIR für Metrologieforschung

01.07.2016 - 07.10.2016

Öffentliche Konsultation zur Umsetzung des zweiten Partnerschaftsprogramms Europas und der Entwicklungsländer im Bereich klinischer Studien im Zeitraum 2014-2016

29.06.2016 - 15.10.2016

Klimaschutz

Konsultation zur Überwachung und Meldung des Kraftstoffverbrauchs und der CO₂-Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge

20.07.2016 - 28.10.2016

Konsultation zur Überarbeitung der Verordnung (EU) Nr. 443/2009 und der Verordnung (EU) Nr. 510/2011 zur Verringerung der CO₂-Emissionen von leichten Nutzfahrzeugen

20.07.2016 - 28.10.2016

Verkehr

Öffentliche Konsultation zur Verbesserung der Sozialvorschriften im Straßentransport

05.09.2016 - 11.12.2016

Überprüfung der Richtlinie 2006/1/EG über die Verwendung von ohne Fahrer gemieteten Fahrzeugen im Güterkraftverkehr

11.08.2016 - 04.11.2016

Überarbeitung der geänderten Fassung der „Eurovignetten-Richtlinie“ 1999/62/EG über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge

08.07.2016 - 02.10.2016

Inhaltsverzeichnis

Überarbeitung der Richtlinie 2004/52/EG und der Entscheidung 2009/750/EG über
den europäischen elektronischen Mautdienst
08.07.2016 - 02.10.2016

Inhaltsverzeichnis